

<https://www.bild.de/news/2022/news/brandstiftung-unterkunft-fuer-ukraine-fluechtlinge-von-feuer-zerstoert-81676614.bild.html> 20.10.2022

Polizei ermittelt wegen Brandanschlag in Mecklenburg-Vorpommern

Brandstifter zünden Unterkunft für Ukraine-Flüchtlinge an

Am Vortag rückte die Polizei wegen Hakenkreuz-Schmierereien an

In der Gemeinde Groß Strömkendorf (Mecklenburg-Vorpommern) haben Brandstifter eine Unterkunft für Ukraine-Flüchtlinge angezündet.

Lichterloh stiegen die Flammen in den nächtlichen Himmel, zerstörten fast das komplette Gebäude.

Die Polizei kündigte am Donnerstagmorgen an, dass auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein Gutachter die Brandursache zweifelsfrei klären soll. Ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Brandstiftung wurde bereits eingeleitet.

Das Feuer war Mittwoch gegen 21.20 Uhr an einer Außenwand am Haupthaus des reetgedeckten Hotelkomplexes „Schäfereck“ ausgebrochen. In dem Hotel waren seit März dieses Jahres 14 Flüchtlinge aus der Ukraine untergebracht. Am Abend des Feuers waren zusätzlich noch drei Mitarbeiter des Roten Kreuzes vor Ort.

(Kommentar Gerhard Wisnewski: Erst Hakenkreuze, dann Feuer: Typische V-Mann-Brandstiftung. Wahrscheinlich will man die Kritik an der Aufnahme der Ukraine-Migranten bekämpfen....)

<https://reitschuster.de/post/fest-in-der-pest-regierung-haelt-an-prunk-ausbau-des-kanzleramts-fest/> 18.10.2022

Fest in der Pest: Regierung hält an Prunk-Ausbau des Kanzleramts fest
Luxus pur für 777 Millionen Euro – 60 Prozent mehr als geplant

.....Was tut die Politik in diesen Zeiten? Finanzminister Christian Lindner feiert mit großem öffentlichen Tamtam [eine Prunkhochzeit](#), und die Regierung, für deren Finanzen er verantwortlich ist, will weiter am Luxus-Ausbau des Kanzleramts festhalten. Dabei waren die 777 Millionen Euro,

die dafür veranschlagt sind, schon vor der Krise eine absolute Zumutung für den Steuerzahler.

Dabei ist dem Artikel zufolge die deutsche Regierungszentrale schon heute „rund achtmal größer als das Weiße Haus, zehnmal größer als Downing Street No. 10 und dreimal größer als der Élysée-Palast in Paris.“ Die bisherige Bürofläche ist mit 25.347 Quadratmetern bereits mehr als fürstlich. Dennoch soll sie mit dem Erweiterungsbau auf sage und schreibe 50.000 Quadratmeter verdoppelt werden. Die Baukosten haben sich laut Steingart „von ursprünglich 456,8 Millionen Euro auf nunmehr 777 Millionen Euro gesteigert – um gut 60 Prozent also gegenüber dem Beginn der Planung.“

<https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/cum-ex-razzia-109.html>

18.10.2022

Razzia bei der Deutschen Bank

Die Staatsanwaltschaft Köln hat nach Informationen von WDR und SZ die Frankfurter Büros des größten deutschen Geldhauses durchsucht. Einmal mehr geht es um die Verwicklung der Bank in Cum-Ex-Geschäfte.

Die Fahnder rückten am Vormittag in der Frankfurter Zentrale der Deutschen Bank an. Nach Informationen von WDR und "Süddeutscher Zeitung" (SZ) suchen die Ermittler nach Beweismitteln im Cum-Ex-Steuerskandal.

Mehr als 100 Polizisten aus NRW, hessische und nordrhein-westfälische Steuerfahnder sowie Beamte des Bundeszentralamtes für Steuern durchforsteten die Büros nach E-Mails und sonstiger relevanter Kommunikation. Ins Visier der Ermittler sind auch weitere Konzerngesellschaften sowie Privatwohnungen von zehn Beschuldigten geraten.

Bank bestätigt Maßnahme

Die Staatsanwaltschaft Köln bestätigte auf Anfrage, Durchsuchungsbeschlüsse gegen ein "Bankinstitut in Frankfurt am Main" zu vollstrecken, nannte aber keine Namen. Die Deutsche Bank erklärte gegenüber WDR und SZ: "Wir bestätigen, dass im Rahmen der seit 2017 laufenden Ermittlungen gegen die Bank in Sachen Cum-Ex die Staatsanwaltschaft Köln an unserem Standort in Frankfurt zurzeit eine behördliche Maßnahme durchführt. Wie bereits seit Beginn der Ermittlungen 2017 kooperiert die Bank weiterhin vollumfänglich mit der ermittelnden Behörde. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir uns aufgrund des laufenden Verfahrens nicht weiter äußern."

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/weg-mit-dem-asphalt-spd-mitte-will-stra%C3%9Fe-des-17-juni-teilweise-entsiegeln/ar-AA131cvV?ocid=msedgntp&cvid=e833d5366b6342018c8ec681747cfa54>

16.10.2022

Weg mit dem Asphalt - und den Autos: SPD will Straße des 17. Juni in Grünfläche verwandeln

Als die heutige Straße des 17. Juni vor mehr als drei Jahrhunderten angelegt wurde, war die Verbindung zwischen dem [Berliner Schloss](#) und dem damaligen Schloss Lietzenburg nicht asphaltiert. Nun wollen Politiker das Rad wieder zurückdrehen.

Die [SPD](#)-Fraktion [Mitte](#) setzt sich dafür ein, dass die Ost-West-Verbindung zum Teil entsiegelt wird. Ein Fahrstreifen pro Richtung reiche aus, heißt es in der Begründung zu dem Antrag, der am Donnerstag auf der Tagesordnung der Bezirksverordnetenversammlung steht.

„Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber der Senatsverwaltung dafür einzusetzen, die Straße des 17. Juni zwischen dem Brandenburger Tor und der westlichen Bezirksgrenze jeweils auf eine Fahrspur pro Richtung klimaresilient umzugestalten“, geht aus der Drucksache 0559/VI hervor. Der Bezirk endet am S-Bahnhof [Tiergarten](#). „Die freiwerdenden

Fahrspuren sollen entsiegelt und als Park- beziehungsweise Grünfläche umgestaltet werden.“ Eine Bürgerbeteiligung sei sicherzustellen, so die SPD.

Hintergrund ist die Diskussion, dass Städte umgestaltet werden müssen, damit Hitze und Starkregen die Bewohner künftig nicht mehr so stark beeinträchtigen.

„Mit deutlich mehr Grün, vor allem neuen Bäumen und mehr Verschattung durch außenliegenden Sonnenschutz sowie Dach- und Fassadenbegrünung lässt sich der Aufenthalt im Freien und die Temperaturen in den Wohnungen wesentlich angenehmer gestalten“, sagt Dirk Messner, Präsident des [Umweltbundesamts](https://www.umweltbundesamt.de/). Dunkle Flächen wie Asphalt speichern dagegen die Hitze. Darum setzen sich Experten dafür ein, Straßenbereiche zu entsiegeln. Dort würde die Fahrbahndecke abgenommen, um die Bereiche dann zu begrünen.

<https://www.bild.de/politik/2022/politik/nach-nur-44-tagen-im-amt-briten-premier-truss-tritt-zurueck-81681096.bild.html> 20.10.2022

Briten-Premier Truss tritt zurück

Die britische Premierministerin Liz Truss (47) hat nach rund sechswöchiger Amtszeit ihren Rücktritt erklärt.

Sie werde so lange im Amt bleiben, bis ein Nachfolger ernannt worden sei, sagte die konservative Politikerin am Donnerstag in London vor dem Amtssitz in der Downing Street. Sie habe bereits mit König Charles III. (73) darüber gesprochen.

Das britische Pfund wertete nach der Ankündigung auf: Der Kurs legte um knapp ein Prozent zum Dollar zu. Der britische Aktienmarkt legte ebenfalls um rund ein Prozent zu.

Truss hatte erst Anfang September die Nachfolge von Boris Johnson (58) angetreten, der nach mehreren Skandalen und Eklats auf Druck der eigenen Partei zurückgetreten war.

Doch bereits seit Mitte September kämpft Truss um ihr politisches Überleben im Amt, nachdem sie mit ihren Steuersenkungsplänen ein Fiasko an den Finanzmärkten ausgelöst hatte und sich zu einer Kehrtwende gezwungen sah.

In ihrer Partei wuchs zunehmend der Unmut und Widerstand gegen sie. Umfragen zufolge liegen die Konservativen etwa 30 Prozentpunkte hinter der oppositionellen Labour-Partei. Bei dem Forschungsinstitut YouGov ist Truss die unbeliebteste Regierungschefin seit dem Beginn der Erhebungen.